

Ausgabe September 2023

Kieler Nachrichten 08.06.2023

Murmann bleibt Präsident des UVNord

HAMBURG. Norddeutschlands Arbeitgeberpräsident Philipp Murmann bleibt weitere vier Jahre im Amt. Eine Mitgliederversammlung wählte den 59-Jährigen in Hamburg erneut an die Spitze des Unternehmensverbands UVNord, wie der Verband gestern mitteilte. Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und Chef der Kieler Zöllner GmbH vertritt damit als Präsident des wirtschafts- und sozialpolitischen Spitzenverbands der norddeutschen Wirtschaft weiter die Interessen von 114 Mitgliedsverbänden, denen wiederum mehr als 100 000 Unternehmen mit rund 1,8 Millionen Beschäftigten in Hamburg und Schleswig-Holstein angehören.



Philipp Murmann ist ein Nefte des früheren Arbeitgeberpräsidenten Klaus Murmann.

FOTO: MARCUS BRANDT

Bei seiner Antrittsrede kritisierte er den Angaben zufolge die Ampelkoalition in Berlin und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). „Auf die Umsetzung des 100-Milliarden-Paketes für die Bundeswehr wartet die wehrtechnische Industrie im Norden bis heute leider auch vergebens“, sagte Murmann laut einer Mitteilung. Besorgt zeigte er sich auch mit Blick auf die Entwicklung des Hamburger Hafens, der immer weiter zurückfalle. „Wir brauchen Dampf im Kessel beim Hafenentwicklungsplan, und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur im Hafen zügiger angehen als bislang.“ Das gelte insbesondere auch für den Ersatz der Köhlbrandbrücke.

Hamburger Abendblatt
08.06.2023

UVNord kritisiert Ampelkoalition und Kanzler

Hamburg. Philipp Murmann bleibt weitere vier Jahre Präsident des Unternehmensverbandes UVNord. Er wurde von der ordentlichen Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. In seiner Rede übte er scharfe Kritik an der Bundesregierung. Aus seiner Sicht würden „Irrlichter im Stakkato“ aus Berlin die Wirtschaft verunsichern, und eine Führungsrolle des Kanzlers sei nicht zu erkennen. „Auf die Umsetzung des 100-Milliarden-Euro-Paketes für die Bundeswehr wartet die wehrtechnische Industrie im Norden bis heute leider auch vergebens“, kritisierte er. Lob gab es für die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Sie komme in der Metropolregion Hamburg „ausgezeichnet“ voran. Zugleich verlangte Murmann Tempo beim Ersatzbau für die Köhlbrandbrücke. *ode*

Gemeinsamer Appell für Kita-Offensive

Wirtschaft und Wohlfahrtsverbände: Land darf bei Kinderbetreuung nicht sparen

Kay Müller

Die Unternehmensverbände (UV) Nord und die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände warnen die Landesregierung vor Kürzungen im Kita-Bereich. „Wer hier spart, spart am falschen Ende“, sagt der Hauptgeschäftsführer des UV Nord, Michael Thomas Fröhlich im Gespräch mit unserer Zeitung. Er fordert eine bessere Ausstattung und Erreichbarkeit der Kitas sowie zusätzliches Personal, damit die frühkindliche Bildung gestärkt werden kann. Die Kinder von heute seien die Fachkräfte von morgen, und die brauche die Wirtschaft dringend. „Ein gutes Kitasystem ist auch ein Standortvorteil“, sagt Fröhlich.

„Die Kita ist die erste Stufe des Bildungssystems. Man

Mehr Geld – aber woher?

LEITARTIKEL



Kay Müller
ky@shz.de

Es ist leicht, mehr Geld für die Kitas zu fordern. Wer könnte auch schon etwas dagegen haben, dass alle Kinder gute frühkindliche Bildung und möglichst ähnliche Startchancen bekommen?

kann es ganz einfach sagen: Wenn wir nicht liefern, gehen in den Betrieben die Lichter aus“, sagt der Ge-

schäftsführer des Verbandes der evangelischen Kindertageseinrichtungen (VEK) in Schleswig-Holstein, Mar-

Doch in Zeiten, in denen die Wirtschaft nicht mehr so floriert wie früher, in denen der Staat wegen der Pandemie und des Ukraine-Krieges so viele Schulden aufgenommen hat wie noch nie, müssen alle, die Investitionen fordern, auch sagen, wo das Geld herkommen soll.

Es gibt nur zwei Wege: Entweder kürzt der Staat an anderer Stelle oder er erhöht seine Einnahmen durch höhere Steuern. Nur wird sich da vermutlich die Wirtschaft, die ja die Kitas stärken will, auf die Hinterbeine stellen.

kus Potten. Wie Landespastor Heiko Naß vertritt er die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und wendet sich gegen eine mögliche Erhöhung der Elternbeiträge. „Schon jetzt ist es für viele Familien nicht leicht, die zu stemmen“, sagt Naß, der ebenfalls mehr Geld für die Kitas fordert: „Eine Investition in die Kita ist eine Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und in den wirtschaftlichen Standort Schleswig-Holstein.“

Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge fehlen 18000 Kita-Plätze in Schleswig-Holstein. Um alle Bedarfe zu decken, wären laut VEK 4600 zusätzliche Fachkräfte nötig. 51 Prozent der Eltern wünschten sich eine Betreuung für Unter-Dreijährige, aber nur 35 Prozent bekämen sie auch.

Doch schon jetzt leiden die Kitas unter Personal-

mangel. Eine Fachkraft bleibt laut Potten im Schnitt nur vier Jahre in einer Kita. Und bis 2033 gehe ein Drittel der Erzieher in Rente. „Um den Fachkräftebedarf genau zu kennen, damit Ausbildungsplatzzahlen angepasst werden können, soll ein Prognosetool, wie es im Schulbereich schon existiert, auch für den Erziehungsbereich entwickelt werden“, verlangt die SPD-Abgeordnete Sophia Schiebe, die für die nächste Landtagssitzung einen entsprechenden Antrag eingereicht hat.

Das fordern auch die Verbände, die künftig lokal besser zusammenarbeiten wollen, um die Betreuungszeiten auf die Bedarfe der Menschen abzustimmen. „Denn“, sagt Potten: „Am Ende der Nahrungsketten stehen die Familien, die keinen Kita-Platz bekommen.“

Seite 3

„Wenn wir nicht liefern, gehen die Lichter aus“

Gemeinsam mit dem größten Kita-Anbieter VEK fordern Unternehmer und Diakonie mehr Geld für die Kindergärten

Kay Müller

Sie sind nicht immer einer Meinung: Heiko Naß und Markus Potten von der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände einerseits und Michael Thomas Fröhlich von den Unternehmensverbänden Nord andererseits – beim Thema Kita aber schon.

Herr Naß, die Regierung muss sparen – und viele Menschen fürchten, dass das die Kitas treffen könnte. Sie auch?

Heiko Naß: Ja. Denn bei den Kitas darf gerade nicht gespart werden, sondern wir brauchen dringend Investitionen, um Verlässlichkeit ins System zu bringen. Wir brauchen für die Kinder eine qualifizierte frühkindliche Bildung. Denn wenn wir die versäumen, ist sie nur schwer nachzuholen. Und wir brauchen für die Eltern eine verlässliche Kita vor Ort, die mit ihren Arbeitszeiten koppelbar ist. Und da schaue ich natürlich auf die Wirtschaft.

Michael Thomas Fröhlich: Wir kennen die Haushaltslage und verschließen uns keinen Sparvorschlägen. Aber für die freiwillig organisierte Wirtschaft gibt es im Wesentlichen zwei Tabubereiche: die Innere Sicherheit und die Bildung. Kinder sind unsere Zukunft und wir

„Kinder, die nicht vernünftig betreut werden, fallen uns später sozialpolitisch auf die Füße.“

Michael Thomas Fröhlich

brauchen deren Potenziale. Ein gutes Kitasystem ist ein Standortvorteil. Kritisch muss ich sagen, dass das Thema frühkindliche Bildung noch unterschätzt wird. Aber Herr Naß hat Recht: In den Kitas wird ein Dienst für die Gesellschaft geleistet, allein wenn man an die Bereiche Kultur, Sprache, Integration, Motorik denkt, die sonst später Schulen und Betriebe leisten müssten. Kinder, die nicht vernünftig betreut werden, fallen uns später sozialpolitisch auf die Füße. Die Kita ist also auch ein volkswirtschaftlicher Gewinn.

Markus Potten: Die Kita ist die erste Stufe des Bildungssystems. Man kann es ganz einfach sagen: Wenn wir nicht liefern, gehen in den Betrieben die Lichter aus.

Fröhlich: Deswegen muss sich die Ausstattung der Kitas verbessern, damit Kinder besser und früher lernen. Wir finden in den Kitas nicht den Chemiker oder Physiker, den wir brauchen, aber wir können bei den



Seltene Einigkeit, wenn es um die Kinder geht: Michael Thomas Fröhlich von den Unternehmensverbänden Nord (v. l.), Landespastor Heiko Naß und Markus Potten vom Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen. Foto: Marcus Dewanger

Kindern Neugierde wecken. Und gerade die Kitas auf dem Land müssen mit dem Nahverkehr besser erreichbar sein.

Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen 18000 Kita-Plätze in Schleswig-Holstein. Wie zeigt sich das im Alltag?

Potten: Mir macht Sorge, dass wir die gesetzliche Norm aus Erziehung, Bildung und Betreuung irgend wann nicht mehr erfüllen könnten. Noch schaffen unsere Fachkräfte das, aber wir haben nicht genug von ihnen. Wenn Sie sehen, dass ein Erzieher im Schnitt vier Jahre in einer Kita bleibt, ist klar, dass das auch mit Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu tun hat. In jedem Unternehmen wäre das der Punkt, wo beim Chef die Alarmglocken läuten. Und wenn in den Kitas jetzt noch gespart werden soll, wird sich die Lage verschlimmern...

Naß: ...auch weil der Bund beim Freiwilligen Sozialen Jahr sparen will, für das wir die stärkste Nachfrage im Kita-Bereich haben. Hier gewinnen wir die Erzieher von morgen. Aber wenn die Regierung ihre Kürzungspläne umsetzt, können wir nächstes Jahr nur noch die Hälfte der Plätze besetzen. Ich rate dringend dazu, das zu korrigieren.

Ich verstehe, dass Sie nicht an Personal und Qualität sparen wollen – aber es könnten ja auch die Elternbeiträge erhöht werden...

Naß: ...daran sollte man

nicht drehen. Das Land hat gerade erst die Kita-Beiträge gedeckelt, weil wir im Land extrem unterschiedlich hohe Gebühren hatten, die nicht mehr zu rechtfertigen

„Wir haben gute Ideen und gute Leute. Nur die können wir nicht umsetzen, wenn uns das Land die Mittel kürzt.“

Markus Potten

waren. Schon jetzt ist es für viele Familien nicht leicht, die zu stemmen.

Müssten reichere Eltern mehr zahlen als ärmere?

Fröhlich: Der Besuch einer Kita darf nicht das Privileg gut Verdienender sein. Der Zugang muss für alle möglich sein, und wir haben dafür funktionierende Sozialstaffeln.

Wenn das Geld aber knapp ist und der Staat nicht mehr investiert, muss dann nicht die Wirtschaft ran, um sich die Fachkräfte von Morgen zu sichern?

Fröhlich: Nur weil ein bestehendes staatliches System nicht funktioniert, möchten wir nicht gezwungen sein, wie die Blinden von der Farbe zu reden – und über Betriebs-Kitas nachdenken. Deren Einrichtung hat zu Recht hohe gesetzliche Anforderungen...

Naß: ...da bin ich eher für eine bessere Kooperation mit den bestehenden Kitas vor Ort.

Könnten Sie sich auch vorstellen, dass die Unternehmen die Kitas direkt finanziell unterstützen?

Fröhlich: Ich glaube, dass unsere Unternehmen ausreichend Steuern zahlen und ihren Beitrag zum Sozialsystem leisten. Wir brauchen staatliche Investitionen – und zwar jetzt. Da darf man nicht nur in Legislaturperioden denken. Allein 2023 werden in Deutschland 249 000 Fachkräfte dem Arbeitsmarkt durch die abschlagsfreie Rente mit 63 verloren gehen.

Potten: Von den rund 8000 pädagogischen Fachkräften, die wir als Verband in unseren 578 Kitas beschäftigen, wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren ein gutes Drittel in Rente gehen. Das treibt uns die Schweißperlen auf die Stirn. Die Ausbildung ist zwar verbessert worden. Das Land hat aber immer noch keinen Überblick darüber, wie viele Fachkräfte wann wo gebraucht werden. Dass die

Kitas ihr Angebot ausdünnen müssen, passiert nicht, weil unsere Träger zu blöd sind, mit Personal umzugehen, sondern die haben einfach nicht genug Leute. Wir

„Wir brauchen für die Eltern eine verlässliche Kita vor Ort, die mit ihren Arbeitszeiten koppelbar ist.“

Heiko Naß

brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die wir am besten regional mit den Unternehmen abstimmen, um so familienfreundliche Angebote in unseren Kitas anbieten zu können.

Fröhlich: Dazu sind wir bereit, und wir werden noch stärker auf die Kita-Landschaft zugehen. Unsere Unternehmen wissen zu schätzen, was dort geleistet wird und stehen den Kitas zur Seite, wenn es um eine

Betriebsbesichtigung geht. Und sie leisten ihren Beitrag zur Finanzierung einer Ausfahrt, eines Klettergerüsts oder eines Bollerwagens. Und wir sind bereit, voneinander zu lernen.

Wo zum Beispiel?

Fröhlich: Etwa beim Personalmanagement und der Organisation. Wir haben manchmal schwierige und anspruchsvolle Beschäftigte und Kunden – die Erzieher haben manchmal schwierige Eltern. Damit muss man umgehen können. Und was Arbeitszeitmodelle und Schichtbetriebe auf beiden Seiten angeht, können wir uns besser verständigen, damit wir keine Betreuungszeiten haben, die am Bedarf vorbei gehen.

Also müssen Betriebe und Träger lokal das regeln, was der Staat nicht hinkriegt?

Potten: Wir sind uns einig, dass Kinderbetreuung eine öffentliche Aufgabe ist. Wir aus den Sozialverbänden werden ja oft zu Unrecht als Sozialromantiker verschrien, die von Geld keine Ahnung haben. Und die Wirtschaftsverbände allein haben auch nicht immer genügend Durchschlagskraft. Da ist es gut, dass wir zusammenstehen: Wir brauchen vor Ort passgenaue Lösungen. Dann wird auch die gesamtgesellschaftliche Anerkennung meiner Kollegen steigen und sie im Job halten. Wir haben gute Ideen und gute Leute. Nur die können wir nicht umsetzen, wenn uns das Land die Mittel kürzt.

Wo würden Sie denn statt dessen sparen?

Fröhlich: Schleswig-Holstein ist überverwaltet. Mit rund 2,4 Millionen Einwohnern leisten wir uns 1105 Kommunen, 11 Kreise, 4 kreisfreie Städte und 50 Ämter. Eine Verwaltungsebene ist hier über. Dazu kommen viele selbstständige Landesbehörden und ein nicht gerade kleiner Landtag. Da gibt es Luft.

Naß: Was die Verwaltung angeht, hat Herr Fröhlich sicher recht. Das merken auch wir als Wohlfahrtsverband: Wir ersticken in Bürokratie. Es ist enorm, was wir im Gesundheitssystem an Personal und Geld in Dokumentation und Prüfungssysteme stecken müssen. Krankenhäuser beschäftigen ganze Abteilungen, damit sie alle bürokratischen Anforderungen erfüllen können – und gleichzeitig gibt es einen genau so großen Apparat im medizinischen Dienst, der alles prüft. Das gilt auch für die Pflege. Da kann uns die Digitalisierung helfen: Auch im Kita-System könnte man so viel einsparen.

Fröhlich: Wer aber an den Kitas selbst spart, der spart am falschen Ende.

Potten: Ganz genau.

Kirche, Wohlfahrt und Wirtschaft

Sie sorgen sich um Angebote für die Kleinsten

Der Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein (VEK) ist der größte Anbieter im Land und trägt mit 578 rund ein Drittel aller Kitas im Norden. Seit 1999 ist **Markus Potten** (61) Geschäftsführer des VEK. Seit Ende 2014 ist **Heiko Naß** (58) Landespastor und Sprecher des Vorstandes des Diakonischen Werks Schleswig-Hol-

stein und wie Potten Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände. **Michael Thomas Fröhlich** (54) ist seit 2008 Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände (UV) Nord, sowie Landesgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI). Fröhlich ist zudem Honorarkonsul der Republik Bulgarien.

BELASTUNGEN IM JOB

Später in Rente? Die meisten Arbeitnehmer sind dagegen

Die breite Mehrheit wünscht sich, deutlich früher als mit 67 aufzuhören – wegen zunehmender Belastungen. Aber wer kann das überhaupt?

Hamburg. Viele Arbeitnehmer in Hamburg haben das in ihrem Umfeld schon erlebt: Gut bezahlte Führungskräfte nehmen mit 58 oder 60 ein **lukratives Ausstiegsangebot** des Unternehmens an und müssen sich finanziell nicht einschränken. Auf der anderen Seite hört man aus der Wirtschaft ebenso wie von Politikern immer wieder die Forderung, die Menschen müssten künftig noch **länger als bis 67** arbeiten.

Früher in Rente gehen: Was bedeutet das genau?

Gerade hat die Diskussion um das finanzierbare **Renteneintrittsalter** durch den Vorschlag der „Wirtschaftsweisen“ **Veronika Grimm**, die Regelaltersgrenze an die steigende **Lebenserwartung** zu koppeln, neue Nahrung erhalten. Von Kritikern einer Anhebung des Rentenalters wird dabei gern der Dachdecker ins Gespräch gebracht, der seinem Beruf wohl kaum noch mit 69 oder 70 Jahren nachgehen könne.

Doch tatsächlich wünscht sich eine breite Mehrheit der Arbeitnehmer, wegen der zunehmenden Belastungen sogar deutlich früher als mit 67 aufzuhören – und das betrifft durchaus auch Menschen, die nicht körperlich hart beansprucht werden. So ergibt sich aus der Studie „lidA - leben in der Arbeit“ der Bergischen Universität Wuppertal, dass nur gerade einmal 30 Prozent der Beschäftigten in Deutschland, die heute 57 Jahre alt sind, gerne bis 65 oder länger arbeiten wollen. Nur neun Prozent der Befragten wollen bis zur Regelaltersgrenze von 67 durchhalten.

Bis 67 oder länger arbeiten – wer kann das eigentlich?

Dabei möchten Personen aus IT-Berufen und aus der Verwaltung am liebsten nur bis 62 bleiben, weniger lang als Altenpflegerinnen und Altenpfleger (63). Und von allen, die ihren Beruf maximal bis 64 ausüben möchten, geben viele zur Begründung an, die Arbeit sei zu anstrengend (45 Prozent) oder sie hätten gesundheitliche Probleme (41 Prozent).

„Die Rufe nach einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters gehen an der Lebenswirklichkeit vieler Beschäftigter vorbei“, sagt Tanja Chawla, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Hamburg. „Gut ein Viertel der Beschäftigten zweifelt daran, den aktuellen Job überhaupt bis zum Rentenalter durchhalten zu können. Das ist vor allem auf die Arbeitsbedingungen zurückzuführen.“

Eine Befragung in Hamburg zum DGB-Index „Gute Arbeit“ habe gezeigt, dass 48 Prozent der Beschäftigten die Bedingungen in ihrem Job im unteren Mittelfeld einordnen oder gar als „schlechte Arbeit“ empfinden. Insbesondere beim Thema Arbeitsintensität schneide Hamburg schlecht ab.

Als Indiz dafür, dass es Personen mit Bürotätigkeiten ebenso schwer fallen kann wie den viel zitierten Dachdeckern, ihren Beruf noch mit 65 oder 66 Jahren auszuüben, kann auch eine Studie der Techniker Krankenkasse (TK) mit Sitz in Hamburg in Kooperation mit dem Institut für Betriebliche Gesundheitsberatung und dem „Personalmagazin“ dienen. „Immer mehr Aufgaben, schneller werdende Prozesse, mobiles Arbeiten ohne Bindung an Ort und Zeit – die Anforderungen an die Beschäftigten in der digitalen Arbeitswelt werden immer komplexer“, heißt es von der TK zu den Resultaten.

Berufsunfähig werden die meisten Menschen aus psychischen Gründen

Demnach gäben 38,5 Prozent der befragten Geschäftsführer, Gesundheits- und Personalverantwortlichen in den Betrieben an, psychische Belastungen am Arbeitsplatz wie Burn-out, Überforderung und Depressionen hätten bereits jetzt eine eher große oder große Bedeutung in ihren Unternehmen – mit stark steigender Tendenz. „Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz haben die körperlichen Belastungen in ihrer Dringlichkeit in vielen Branchen überholt“, sagt Karen Walkenhorst, Personalvorständin der TK.

Tatsächlich sind psychische Beschwerden schon die zweithäufigste Krankschreibungsursache. Im vorigen Jahr betrug ihr Anteil am Gesamtkrankenstand rund 17,5 Prozent. Damit rangierten sie noch vor den Krankheiten des Muskel-Skelettsystems (13,7 Prozent) und nur hinter Erkrankungen des Atmungssystems wie Grippe und Erkältung (25,3 Prozent).

Außerdem sind psychische Erkrankungen mit großem Abstand der häufigste Grund, warum Menschen berufsunfähig werden. Nach Erkenntnissen des Versicherungs-Analysehauses Morgen & Morgen leiden 34,5 Prozent von ihnen unter Depressionen, Burn-out oder anderen psychischen Problemen. Vor dem Jahr 2010 machten diese Fälle lediglich rund 20 Prozent aus.

Arbeitnehmer empfinden die zunehmende Digitalisierung als eher belastend

Immer wieder wird die fortschreitende Digitalisierung als Belastungsfaktor genannt. „Digitale Arbeitsmittel werden nur selten so eingesetzt, dass sie die Arbeitsbelastung reduzieren“, stellt der „DGB-Index Gute Arbeit“ dazu fest: „Nur knapp zehn Prozent der digitalisierten Arbeitenden nehmen eine Entlastung wahr. Dagegen sehen sich 40 Prozent durch die Digitalisierung stärker belastet.“

Trotz eines als zunehmend beschwerlich empfundenen Arbeitsumfelds sind die Deutschen zuletzt zwei Jahre später in den Ruhestand gegangen – im Schnitt mit 64,1 Jahren – als noch 1997. Hamburger halten noch ein bisschen länger durch, im Mittel bis zum Alter von 64,4 Jahren.

Doch aus der Sicht von Philipp Murmann, Präsident des Unternehmensverbands UVNord, ist das nicht lange genug. „Um die Rentenversicherung auch zukünftig finanzieren zu können, werden wir nicht umhin kommen, als eine Stellschraube auch das Renteneintrittsalter anzuheben“, auch mit Blick auf die längere Lebenserwartung, sagt er. „Auch wenn aktuell bei vielen Beschäftigten der Wunsch nach einem früheren Ausscheiden besteht, kann dies nur durch zusätzliche private Vorsorge abgebildet werden.“

UVNord fordert Abschaffung von „Anreizen für Frühverrentung“

Murmann argumentiert aber nicht nur mit der Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch wegen des Fachkräftemangels müssten „Anreize für Frühverrentungen“ wie die abschlagsfreie Rente mit 63 abgeschafft werden, fordert er, von Ausnahmen für „körperlich hart Arbeitende“ abgesehen. Denn in der Regel müssen sonst dauerhafte Abschläge von 0,3 Prozent für jeden Monat vorzeitigen Rentenbeginns hin genommen werden.

Jedenfalls versuchten die Unternehmen mittlerweile alles, „um Know-how und Erfahrung im Betrieb zu halten“, sagt Murmann. So würden in der „Arbeitsschutzpartnerschaft“ in Hamburg, die europaweit Anerkennung finde, auch Wege zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit im Alter erarbeitet. Daneben finde man individuell in den Firmen viele Möglichkeiten für eine längere Beschäftigung, „bis hin zum Umbau der Arbeitsplätze für Ältere.“

- [Rente: Lücke droht – was man im Alter 50plus dagegen noch tun kann](#)
- [Lufthansa Technik holt jetzt Rentner zurück – wegen Fachkräftemangel](#)
- [Italien, Frankreich, Niederlande: So viel Rente gibt es hier](#)

Statt eine frühere Verrentung zu ermöglichen, muss es nach Auffassung des UVNord-Präsidenten darum gehen, „Anreize zu setzen für die, die auch über das reguläre Renteneintrittsalter hinaus arbeiten möchten und können.“ Eine Möglichkeit dafür wäre „mehr Netto vom Brutto“.

Hamburgs DGB-Chefin: Wer länger arbeitet, stirbt früher

Hamburgs DGB-Chefin Tanja Chawla hat einen ganz anderen Blickwinkel auf diese Dinge. In den vergangenen Jahren habe die Zahl der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner schon enorm zugenommen. Aber: „Das hat oft wenig mit Lust zum Weiterarbeiten zu tun, sondern damit, dass die Rente nicht reicht.“

Im internationalen Vergleich habe Deutschland bereits ein sehr hohes Renteneintrittsalter, so die Gewerkschafterin. „Würde es weiter erhöht, käme das einer Rentenkürzung gleich, die insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen benachteiligen würde.“

Denn statistisch gesehen stürben Menschen mit geringeren Einkommen deutlich früher als Gutverdienende. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe betrage in Deutschland bei Männern 8,6 Jahre und bei Frauen 4,4 Jahre. „Wir hätten es also auch mit einer massiven Umverteilung in den Rentenkassen von unten nach oben zu tun“, sagt Chawla.

Darüber hinaus hätten Wissenschaftler nachgewiesen, „dass ein verzögertes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben das Risiko, im Alter zwischen 60 und 69 Jahren zu sterben, um 4,2 Prozentpunkte pro zusätzlichem Arbeitsjahr erhöht.“

Wirtschaft erhöht Druck auf Senat

Handelskammer Hamburg und Dachverband UVNord fordern Nachbesserung des Koalitionsvertrages in der Hansestadt. Innovationen sollen gestärkt, die Abwanderung der Industrie eingedämmt werden

Der Hamburger Koalitionsvertrag von SPD und Grünen aus dem Jahr 2020 ist aus Sicht der norddeutschen Wirtschaft nicht mehr zeitgemäß. Er müsse an entscheidenden Stellen überarbeitet und nachgeschärft werden, forderten am Donnerstag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz die Handelskammer Hamburg und der Wirtschafts-Dachverband UVNord. „Uns wundert, dass der Senat noch immer entlang dieses Koalitionsvertrages arbeitet – trotz Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiekrise, die seit dem Jahr 2020 die Bedingungen auch für die Wirtschaft grundlegend verändert haben“, sagte Handelskammer-Präsident Norbert Aust. „Wenn so ein Plan aber nicht mehr stimmt, dann muss man ihn anpassen.“ UVNord-Präsident Philipp Murmann sagte: „Hamburg muss im Wettbewerb mit anderen Metropolen weiterhin den Anspruch haben, als Weltstadt zu agieren.“

VON OLAF PREUSS

Anlass der Kritik ist die Zwischenbilanz der Wirtschaft zur Mitte der 22. Wahlperiode. Die Hamburgische Bürgerschaft für die 23. Wahlperiode wird zwischen Dezember 2024 und März 2025 neu gewählt. In ihrer Präsentation bewerten Handelskammer und UVNord 41 Projekte des aktuellen Senats anhand des Standes und der Zufriedenheit mit ihrer Umsetzung in einem „Ampelsystem“. Bei der Zufriedenheit mit der

Umsetzung stehen in insgesamt 39 Nennungen acht Mal grün, 28 Mal gelb und drei Mal rot. Als besonders negativ, und deshalb mit rot markiert, bewertet die Wirtschaft den im Juni vorgelegten neuen Hafentwicklungsplan, die bisherige Arbeit des Klimabeirates und den Zwischenstand bei der Parkraumbewirtschaftung und des Anwohnerparkens. Besonders gut und daher mit grün wiederum werden unter anderem die Vergabe von Industrieflächen, die Umsetzung der Hamburger Wasserstoffstrategie, die Implementierung einer Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen und die Maßnahmen auf dem Weg zu einem klimaneutralen Hafenumschlag gewertet. Gelb und damit eher mittelmäßig stuft die Wirtschaft Hamburgs Umsetzung der Energiewende gemeinsam mit den Nachbarländern ein, ebenso die digitale Beschleunigung von Genehmigungsverfahren oder auch die erhoffte Professionalisierung des Baustellenmanagements.

Schlüsselinnovationen müssen aus Sicht von Kammer und UVNord deutlich stärker öffentlich gefördert werden. Handelskammer-Präsident Aust wiederholte die Forderung vom Frühjahr, der Senat solle dafür eine Milliarde Euro aus jenen Übergewinnen bereitstellen, die vor allem der Reederei Hapag-Lloyd während der Pandemie zugefallen waren. Die Stadt Hamburg ist mit rund 14 Prozent an Hapag-Lloyd beteiligt. Besonders gefördert werden sollten – in sogenannten „Sonderinnovationszonen“ – die Weiterentwicklung von Me-

dikamenten auf Basis der mRNA-Technologie, die Wasserstoffwirtschaft und die Anwendung von künstlicher Intelligenz speziell bei der autonomen Mobilität. „Hier muss die Stadt klotzen und nicht kleckern“, sagte Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Malte Heyne.

Besonders kritisch sieht die Handelskammer die weitere Entwicklung des Hafens. „Wir müssen die Logistik weiter automatisieren, um schneller und effizienter zu werden. Und die Köhlbrandquerung muss in einer neuen ‚Hamburg-Geschwindigkeit‘ realisiert werden“, sagte Aust. Wirtschaftsministerin Melanie Leonhard (SPD) ließ die Planungen für eine neue Köhlbrandbrücke im Juni neu starten, weil ein zuvor favorisierter Tunnel deutlich teurer werden würde als bislang erwartet. Zum Jahresende sollen Ergebnisse für eine Brückenvariante vorliegen, die Wirt-

schaftsbehörde will diese dann mit den Zahlen und Potenzialen eines Tunnelbauwerks abgleichen. Die heutige Köhlbrandbrücke muss aus Altersgründen bis Mitte des kommenden Jahrzehnts stillgelegt und abgerissen werden. Aust allerdings nahm Senatorin Leonhard, die seit Dezember im Amt ist, ausdrücklich in Schutz: „Ich bin noch immer fest davon überzeugt, dass Frau Leonhard einen guten Job macht und dass sie die richtige Frau an der richtigen Stelle ist.“

Um eine Abwanderung von Unternehmen aus Norddeutschland zu verhindern oder sie zumindest einzudämmen, setzen sich die Handelskammer und der UVNord für einen Industriestrompreis ein. Ein solcher, im Zweifel staatlich subventionierter Preis sei allerdings nur eine „Verlegenheitslösung“ so lange, bis Ökostrom im Norden billiger werde, sagte Hauptgeschäftsführer Heyne. Präsident Aust ergänzte: „Unsere Sorge ist weniger, dass ein bestehendes Werk schließt, sondern eher, dass neue Werke oder Ausweitungen von Produktionen nicht in Hamburg und Norddeutschland errichtet werden, sondern im Ausland.“ Der Kupferhersteller Aurubis hatte kürzlich erklärt, eine neue Anlage zum Recycling von Batterien womöglich nicht in Hamburg zu errichten. Die Vereinigten Staaten subventionieren grüne Technologien derzeit massiv. Auch der Batteriehersteller Northvolt, der in Heide ein Werk für E-Auto-Antriebsbatterien errichten will, erwägt derzeit, diese Investition stattdessen in den USA zu tätigen.



Norbert Aust, Präsident der Handelskammer, blickt kritisch auf die Lage

Erschließung auf der Zielgeraden

Amazon kauft Grundstück: Wie es im Gewerbegebiet Scanham bei Rendsburg nun weitergeht

Rainer Krüger

Wer auf der Bundesstraße 203 an der Baustelle für das interkommunale Gewerbegebiet Scanham in Borgstedtfelde vorbeifährt, sieht die Fortschritte sofort. Nach Zwangspausen durch die Regenfälle im Juli geht es mit der Erschließung des Areals zwischen Büdelsdorf und der gleichnamigen A7-Anschlussstelle wieder voran. Und auch bei der Vermarktung tut sich was. Nachdem der Online-Versandhändler Amazon bereits gut die Hälfte der 40 Hektar gekauft hat, laufen nach Angaben der Entwicklungsgesellschaft nun Verhandlungen mit zwei weiteren Interessenten.



Frank Thomsen, technischer Geschäftsführer der Scanham-EGB, auf der XXL-Baustelle zur Erschließung des Gewerbegebiets Scanham. Bis Ende September sollen die Straßen asphaltiert sein.

Regen im Juli behinderte Arbeiten

Als technischer Geschäftsführer der Scanham-Entwicklungsgesellschaft Borgstedtfelde (EGB) atmet Frank Thomsen gerade wieder etwas auf. Durch den regenreichen Sommer gab es Verzögerungen. „Es hatten sich schon regelrechte Seen gebildet“, berichtet Thomsen. Das verschob den Zeitplan um mindestens vier Wochen. Schon vorher bremsen Engpässe bei der Materiallieferung den Baufortschritt.

Nun sind wieder Baufortschritte möglich. Erste Wege werden gepflastert, die Straßen fürs Asphaltieren vorbereitet. Ein Superlativ im Kreis Rendsburg-Eckernförde ist schon fertig. „Wir haben Regenrückhaltebecken mit 55 000 Kubikmeter Volu-

men gebaut, die auch als Löschwasserentnahmestelle dienen. Das ist die größte Speicherkapazität im Kreis“, verrät er. „Wir bauen so groß, damit die benachbarten Landwirte nicht darunter leiden, dass Regenwasser aus dem zu 80 Prozent versiegelten Gewerbegebiet auf ihre Felder fließt.“

Thomsen setzt darauf, dass das Wetter in den kommenden Wochen mitspielt. „Ende September könnten die Straßen asphaltiert sein“, schätzt er. Die Erschließung wäre dann Anfang November beendet. Ursprünglich war der Abschluss im Frühsommer dieses Jahres geplant.

Bei der Vermarktung gibt es unterdessen neue Entwicklungen. Thomsen bestätigte, dass der Online-Riese Amazon gut die Hälfte der Fläche erworben hat. Dass

der US-Konzern sich für den Standort nahe der A7 interessiert, um ein großes Logistikzentrum zu errichten, nicht weit vom bereits bestehenden Verteilzentrum bei Borgstedt entfernt, war in Wirtschaftskreisen schon im Frühjahr 2022 Thema.

Nach Angaben von Thomsen lässt der B-Plan Logistikzentren grundsätzlich zu. Weitere Informationen habe er nicht. Die Amazon-Pressestelle teilte dazu gestern auf Nachfrage mit: „Amazon prüft kontinuierlich neue Standorte und wägt eine Vielzahl von Faktoren ab, wenn wir entscheiden, wo wir Standorte entwickeln, um die Kunden am besten zu bedienen“, hieß es schriftlich. „Allerdings haben wir zu einem solchen Standort keine Ankündigung gemacht.“ Fest steht hingegen,

dass es aktuell Verhandlungen mit zwei Interessenten für weitere Grundstücke gibt. „Beide Unternehmen planen etwas im Logistikbereich“, so Thomsen. Für sie sei die Nähe zur A7 wichtig. Für eine gute Anbindung sorgte die EGB bereits mit dem vierspurigen Ausbau der B203 in Höhe Scanham nebst Kreuzung und Ampel.

„Wenn die Interessenten kaufen, wäre der Großteil der verbleibenden 20 Hektar weg“, verrät Thomsen. Dass Firmen Ansiedlungspläne in Borgstedtfelde haben, ist für Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbands Nord, keine Überraschung. Für ihn ist Scanham unter anderem durch seine Lage „eines der attraktivsten Gewerbegebiete im Norden“. Außer der Nähe zur A7 spreche auch die gute Verfügbarkeit von Arbeitskräften für den Standort. „Wenn sich Amazon ansiedelt, ist das ein gutes Signal für andere.“

Ausdrücklich begrüßt Fröhlich, dass die Städte Büdelsdorf und Rendsburg sowie die Gemeinden Borgstedt und Schacht-Audorf beim Erschließen und Vermarkten des interkommunalen Gewerbegebietes zusammenarbeiten. Borgstedt, Büdelsdorf und Rendsburg sind mit je 30 Prozent an der EGB beteiligt, Schacht-Audorf mit zehn Prozent. Er erwartet, dass sich Scanham gut entwickelt – insbesondere wenn der begonnene Neubau der Rader Hochbrücke (A7) weiterhin so problemlos laufe wie bisher.



Das Gewerbegebiet Scanham liegt direkt an der B203, dem Zubringer zur A7. Fotos: Rainer Krüger

Kieler Nachrichten 08.07.2023

Ministerin kletterte ohne Pumps ins Spähfahrzeug

Heeresseinheiten aus Eutin kehrten aus Litauen an der Ostflanke der Nato zurück – Empfang im Ostuferhafen

KIEL. Die Soldaten des Aufklärungsbataillons 6 der Bundeswehr aus Eutin gehörten im vergangenen Jahr zu den ersten Einheiten, die nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine nach Litauen verlegt wurden. Seitdem waren sie immer wieder dort. Im Kieler Ostuferhafen gab es für einen Teil der Einheiten bei einer Rückverlegung jetzt einen Empfang.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) hatte es dabei besonders der Fennek angetan. Der rund zehn Tonnen schwere gepanzerte Spähwagen aus deutsch-niederländischer Entwicklung ist das

Arbeitsgerät der Eutiner Aufklärer.

Ausgestattet mit Maschinengewehr, Verbundpanzerung und Drehstabfederung ist der Fennek ein robustes Fahrzeug für die Aufklärung auch in schwierigem Gelände. Ein Problem hat das Gefährt nur mit Frauenschuhen. Deshalb zog die Ministerin beim Empfang am Donnerstag kurz vor ihrer Pumps für die Probefahrt mit dem Fennek aus.

Sütterlin-Waack ließ sich dabei alles zeigen, was der moderne Allrad-Wagen an Bord hat und drehte drei Runden durch den Ostuferhafen. Während die rund 50 Frauen und



Für die Probefahrt im gepanzerten Spähfahrzeug Fennek zog Ministerin Sabine Sütterlin-Waack ihre Schuhe aus. FOTO: FRANK BEHLING

Männer des Aufklärungsbataillons sich am Büfett stärkten, gab es für die Ministerin Informationen über das Aussehen der Feindstellungen,

die beste Tarnung und die effektive Zielerkundung.

Für die Soldaten gab es bei dem Empfang im Ostuferhafen viel Anerkennung für die Leis-

tung an der Ostgrenze der Nato. „Diese Präsenz ist gerade im Baltikum wichtig, weil die Menschen dort unsere Unterstützung brauchen. Die Ankündigung der Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen ist ein wichtiges Signal“, so Sütterlin-Waack.

Damit werden in den kommenden Monaten auch weitere Transporte von Schleswig-Holstein nach Litauen erfolgen. „Der Dienst der Soldaten aus Schleswig-Holstein ist dabei ein ganz wichtiger Beitrag“, so Philipp Murmann, Präsident der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord). **FB**

Der Norden wappnet sich gegen Spione

Chinas Agenten in Schleswig-Holsteins Unternehmen aktiv – UV Nord: „Für den Mittelstand ein riesiges Problem“

VON MICHAEL DICK

LÜBECK. Spionage klingt für viele Menschen nach James Bond und dem britischen Filmklassiker „Der dritte Mann“. Sie ist aber Teil der realen Welt. Und sie bedroht heute die Wirtschaft in Norddeutschland und im ganzen Land.

Deutsche Sicherheitskreise berichteten dem „Handelsblatt“ vor Kurzem von einem im Jahr 2020 entdeckten Fall, der die Behörden noch immer umtreibt. Ein Wissenschaftler aus der Volksrepublik China soll im Auftrag Pekings ein norddeutsches Medizintechnik-Unternehmen ausspioniert haben. Der Vorgang, der bis jetzt unter Verschluss gewesen sei, zeige exemplarisch die Gefährdungslage mit Blick auf den Know-how-Abfluss durch chinesische Gastwissenschaftler, heißt es.

Nachrichtendienste packen aus

Arbeitsbesuche chinesischer Doktoranden seien in dem betroffenen Unternehmen eigentlich Routine gewesen. Doch bei dem Gastwissenschaftler, der Mitte 2015 in das Unternehmen gekommen sei, seien die Manager skeptisch geworden. Die Kosten für den Besuch in Deutschland habe die chinesische Seite übernommen. Der Fachmann aus China habe ein übermäßiges Interesse an der Technik der Firma entwickelt. Das hatten laut „Handelsblatt“ die Manager später den deutschen Sicherheitsbehörden erzählt.

Der Mann aus China sei jedoch nicht nur Wissenschaftler gewesen. Er war laut deutschen Diensten ein Spion im Auftrag Pekings, der Technologien stahl und unter seinem Namen in China zum Patent anmeldete – in diesem Fall für eine neue Beschichtungstechnologie. Der Forscher soll später an einer angesehenen Universität in seiner Heimat Pro-



Auch Iran und Russland interessieren sich sehr für die Daten deutscher Firmen.

FOTO: OLIVER BERG/DPA

fessor geworden sein. Ein bedauerlicher Einzelfall? Mitnichten. „Deutsche Sicherheitsbehörden – sei es der Bundesnachrichtendienst oder das Bundesamt für Verfassungsschutz – warnen seit Jahren eindringlich vor der aggressiven und intensiven chinesischen Spionage“, sagt Konstantin von Notz (Grüne), Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das die Nachrichtendienste des Bundes kontrolliert. „Die Klarheit und Dramatik der Appelle der Sicherheitsbehörden hat in letzter Zeit stark zugenommen“, sagt er den LN.

Von Notz' Ansicht nach gilt es, sich des Problems bewusst zu werden – sowohl bei öffentlichen als auch bei nicht öffentlichen Stellen. Es sei notwendig, sich klarzumachen, dass „Spionage keine alte Geschichte aus der Mottenkiste des Kalten Krieges“ sei. Ganz im Gegenteil: Sie stelle eine akute Gefahr dar, „die unsere Freiheit und unseren Wohlstand bedroht“, meint von Notz, der im Bundestag die Kreise Herzogtum Lauen-

burg, Stormarn und Segeberg vertritt.

Wie reagieren Unternehmen im Norden?

Dass es ein Problem gibt, scheint den meisten Entscheidern in Schleswig-Holstein und anderen Teilen Norddeutschland klar zu sein. „Natürlich ist Wirtschaftsspionage in unseren Geschäftsfeldern ein Thema“, sagt Melanie Kamann, Pressesprecherin des Medizintechnik-Herstellers

„Die Dramatik der Appelle der Sicherheitsbehörden hat in letzter Zeit stark zugenommen.“

Konstantin von Notz, Bundestagsabgeordneter (Grüne)

Dräger aus Lübeck. „Unsere Experten vereiteln auch regelmäßig Versuche, unsere Systeme zu kompromittieren oder unser Know-how zu entwenden.“ Öffentlich könne die Firma nicht über Details der konkreten Maßnahmen sprechen, heißt es. Doch Dräger

nehme seine Verantwortung ernst, die Informationen und Innovationen des Unternehmens zu schützen. Der Konzern überprüft deshalb kontinuierlich seine Systeme und Prozesse, um sie vor Bedrohungen wie Wirtschaftsspionage zu schützen. „Wir investieren dafür viel Geld und Arbeit“, sagt Kamann.

Dass gerade Chinas Vorgehen auch schon seine Spuren in Norddeutschlands Wirtschaft hinterlassen hat, wird deutlich, wie eine gut informierte Quelle berichtet. Von ihr heißt es zum Beispiel, dass ein Unternehmen aus der Metallbranche mittlerweile chinesische Delegationen besonders im Auge habe, die zu Besuch seien. Das Vertrauen tendiert dort also gegen null.

Beim Wirtschaftsverband UV Nord heißt es, dass sich Fälle, in denen Chinesen sich der Spionage verdächtig gemacht hätten oder dabei erwischt worden seien, in den vergangenen fünf Jahren „mehr als verdoppelt“ hätten. Das betreffe vor allem Unternehmen, die maritime Tech-

nik und Wehrtechnik herstellen, forschende Pharma- und Medizinunternehmen, IT-Firmen sowie Banken und Finanzdienstleister.

Das Instrument der Wahl ist im Norden laut Verband vor allem der Hackerangriff, weniger das Einschleusen von Personen. Ziel seien mittlerweile nicht nur große Unternehmen, sondern auch kleinere. „Das ist für den Mittelstand ein riesiges Problem“, sagt UV-Nord-Hauptgeschäftsführer Michael Fröhlich. Die Qualität der Angriffe habe sich auch gewandelt: Früher hätten die Hacker meist Daten gesammelt, jetzt seien die Attacken „zerstörerischer“, es sei mehr Sabotage dabei. Positiv erwähnt Fröhlich in diesem Zusammenhang die Behörden. „Jetzt sind wir in Schleswig-Holstein deutlich besser aufgestellt“, sagt er. „Die Innenministerin, Frau Sütterlin-Waack, hat sehr viel IT-Kompetenz zusammengezogen.“ Die Behörden reagierten bei Hackerangriffen auf Unternehmen sehr schnell und professionell. „Das hat uns alles schon sehr erstaunt“, meint Fröhlich. Sowohl der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein als auch die Industrie- und Handelskammer weisen darauf, dass mittels ihrer Online-Auftritte Unternehmer Hilfsangebote für den Spionagefall finden können.

Wie reagiert China auf die Vorwürfe der Wirtschaftsspionage? „Wir verbieten uns entschieden jede Form subjektiver Spekulationen und unbegründeter Anschuldigungen gegenüber der chinesischen Regierung, die jeder faktischen Grundlage entbehren“, teilt die chinesische Botschaft in Berlin den LN mit. „Wir erwarten, dass die Medien die unverantwortlichen Äußerungen nicht weiterverbreiten.“ China halte seine Staatsbürger im Ausland stets dazu an, sich an die örtlichen Gesetze, Vorschriften und Gepflogenheiten zu halten.

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Die Idee klingt gut: „Klimaschutzverträge“ sollen neuen und ökologischen Technologien den nötigen Schub verleihen, damit sie sich am Markt durchsetzen. Der Staat, so die Pläne der Ampel-Koalition, garantiert Unternehmen eine Ausgleichszahlung, die sie für die höheren Kosten der klimafreundlichen Produktion entschädigt. Und: Betriebe sollen für die Dauer von 15 Jahren gegen Unsicherheiten, etwa bei der Preisentwicklung von Wasserstoff, abgesichert werden. Sobald sich neue Verfahren rechnen, soll Geld zurück an den Staat fließen. Es geht um eine zweistellige Milliarden-Summe.

Ist das der richtige Ansatz, Industrie klimafreundlicher zu machen? Und: Inwieweit kann Schleswig-Holstein von so einem Modell profitieren? Schließlich ist der Norden industriell ja eher schwach ausgestattet. Immerhin: Mit dem Holcim-Zementwerk in Lägerdorf sowie dem Chemiewerk Brunsbüttel hat das Land Branchen und Standorte, die von so einer Förderung profitieren könnten.

Doch die Skepsis ist groß. Zwar begrüßt Schleswig-Hol-

„Klimaschutzverträge“: Die Skepsis ist groß

Wirtschaftsminister Madsen kritisiert das komplizierte Verfahren, Klimaökonomin Peterson die Gefahr der Übersubventionierung – Zementhersteller Holcim hat dagegen schon einen Antrag gestellt

steins Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU), dass der Bund anders als zunächst geplant nun auch mittelständischen Unternehmen Klimaschutzverträge anbieten will – die Grenze des mindestens erforderlichen CO₂-Ausstoßes wurde auf ein Drittel reduziert – doch fürchtet der Minister, dass Komplexität und Zeitdruck des Verfahrens die meisten Unternehmen abschrecken. Zunächst müssen die Betriebe in einem Vorverfahren bis Anfang August ihr Interesse bekunden, um dann Gebote abzugeben. Den Zuschlag bekommen die Bieter, mit den geringsten Klimaschutzkosten – bis der Topf leer ist.

„Das ist in der Theorie ein sehr guter Ansatz“, sagt Madsen, denn so

erreiche man mit begrenztem Fördermitteleinsatz die größtmögliche CO₂-Reduzierung. Fragezeichen hat Madsen aber, ob kleine und mittelständische Unternehmen sich an so einem Verfahren beteiligen – oder wegen zu hoher Komplexität davon Abstand nehmen. Schließlich gebe es ja auch noch andere und durchaus verwandte Förderprogramme.

Nicht nur Madsen befürchtet, dass der Norden nur wenig von Habecks Milliardenpaket profitiert. Schließlich hat Schleswig-Holsteins Wirtschaft einen deutlich kleineren CO₂-Fußabdruck als die Wirtschaft in industriestarken Bundesländern – auch weil im Norden der Grünstromanteil heute schon hoch ist.

Mit gemischten Gefühlen betrachtet daher auch Philipp Murmann die Klimaverträge: „Grundsätzlich müssen wir in Deutschland Rahmenbedingungen schaffen, dass energieintensive Industrien noch wettbewerbsfähig produzieren können“, sagt der Präsident des

Arbeitgeberverbandes UV Nord. Doch müssten Subventionen die Ausnahme bleiben. Diese dürften zudem nicht nur bestehende Produktionen in den Fokus nehmen: „Mit Blick auf Schleswig-Holstein müssen auch Neuansiedlungen von klimaneutraler Industrie Fördergegenstand werden.“ In der jetzigen Ausgestaltung könnten die Klimaschutzverträge durchaus dazu führen, dass Fördermittel in erheblicher Höhe an Schleswig-Holstein vorbei vergeben werden.

Unterm Strich, so Madsen, bleibe zu befürchten, dass der Umrüstungsbedarf in anderen Bundesländern größer ist als in Schleswig-Holstein und die Politik der Verlockung erliege, nicht mit dem effizientesten Instrument des CO₂-Preises zum Umbau der Wirt-

schaft anzureizen, sondern mit Milliarden von Subventionen.

Eine ähnliche Gefahr sieht Sonja Peterson: „Klimaschutzverträge können richtig ausgestaltet eine sinnvolle Innovationsförderung sein, um Skalierbarkeit, Marktreife und Kostenreduktionen anzustoßen“, sagt die Klimaökonomin am Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW). Aber: „Es besteht leicht die Gefahr der Übersubventionierung“.

Der Baustoff-Konzern Holcim ist dennoch dabei, die Bewerbung wurde bereits abgegeben. An seinem Standort Lägerdorf bei Itzehoe will das Unternehmen bis 2029 eines der ersten klimaneutralen Zementwerke der Welt betreiben.

Gemeinsam mit Partnern plant Holcim an der schleswig-holsteinischen Westküste die großtechnische Wasserstoffproduktion und grüne Methanolsynthese zur Dekarbonisierung von Petrochemie und Zementherstellung: „Das Instrument des Klimaschutzvertrages ist Bestandteil unseres gemeinsamen Förderantrages“, sagt Arne Stecher, Leiter Dekarbonisierung bei Holcim Deutschland. Das Werk in Lägerdorf hat heute bereits

einen Grünstromanteil von rund 80 Prozent, genutzt wird dabei auch die Energie aus dem eigenen Wind park.

„Das Instrument des Klimaschutzvertrages ist Bestandteil unseres Förderantrages.“

Arne Stecher, Holcim Deutschland



„Komplexität und Zeitdruck des Verfahrens könnten die meisten Unternehmen abschrecken.“

Claus Ruhe Madsen (CDU), Wirtschaftsminister



Vom Hobby-Schrauber zum Kfz-Azubi

So bekam der Langzeitarbeitslose Patrick Hartmann mit 35 Jahren eine Lehrstelle

Kay Müller

Alles beginnt mit einem defekten Auto. Weil die Elektronik spinnt, und der Hobby-Autoschrauber Patrick Hartmann nicht mehr weiterweiß, fährt er in die Werkstatt von Sebastian Kirchoff in Albersdorf (Kreis Dithmarschen). Die beiden kommen ins Gespräch über Autos, Jobs, das Leben und schließlich eine Lehrstelle. „Dann habe ich hier sechs Wochen lang ein Praktikum gemacht“, erzählt Hartmann. „Und dann haben wir einfach gemerkt, dass die Chemie zwischen uns stimmt“, ergänzt Kirchoff.

Zwei Jahre später stehen die beiden auf dem Hof der Werkstatt und sind ein bisschen irritiert über die vielen prominenten Gäste, die nach Albersdorf gekommen sind. Mit Michael Thomas Fröhlich ist der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Schleswig-Holstein und Hamburg vorgefahren, neben ihm steht mit Laura Pooth die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Norden, auf der anderen Seite hat sich Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen platziert, und dann ist da auch noch der Chef der Regionaldirektion Nord der Agentur für Arbeit, Markus Biercher. Alle sind sie ge-



Die Chemie stimmt: Meister Sebastian Kirchoff (l.) und sein Lehrling Patrick Hartmann. Foto: Michael Ruff

kommen, weil ein Arbeitgeber einem 35-Jährigen einen Ausbildungsplatz gegeben hat.

Das ist eben nicht alltäglich im Schleswig-Holstein des Jahres 2023. „Wir haben 28 000 Langzeitarbeitslose – das ist ein großes Potenzial“, sagt Madsen. Er sagt aber auch: „Wir müssen so ehrlich sein, dass wir nicht alle in Arbeit bringen werden, aber wir müssen sie alle unterstützen.“ Denn der Fachkräftemangel drücke die Unternehmen, deshalb werben Behörden, Arbeitgeber und Gewerk-

schaften an diesem Tag dafür, auch denen eine Chance zu geben, „die bislang nicht ganz oben auf der Liste waren“, wie Fröhlich es ausdrückt.

Viele Jobs, keine Ausbildung

Damit meint er Menschen wie Patrick Hartmann. Vor fast 20 Jahren kommt der aus seiner Heimat Berlin nach Dithmarschen. Er schafft so gerade den Hauptschulabschluss, wird früh Vater. „Und dann wollte ich einfach für meine Familie

Geld verdienen.“ Er jobbt, statt sich eine im Vergleich schlechter bezahlte Lehrstelle zu suchen. „Das habe ich irgendwie verschlampt.“

Dafür hat er immer wieder neue Gelegenheitsjobs, in der Landwirtschaft als Bauhelfer oder in der Photovoltaik-Branche. Er ist bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt und immer wieder arbeitslos. „So richtig war das alles nichts“, sagt Hartmann, der bei jedem Bewerbungsgespräch wieder dasselbe Erlebnis hat: „Ich musste immer irgendwie

drum herumreden, dass ich nichts gelernt habe.“

Von den derzeit 28 000 Langzeitarbeitslosen im Norden haben 17 700 keinen Berufsabschluss. „Und viele von denen haben eine Menge Misserfolgserfahrungen“, sagt Markus Biercher. Eben deshalb lobt er an diesem Tag den Mut von Sebastian Kirchoff, der einem vergleichsweise alten Azubi eine Chance gab.

„Ich kenne dieses Gefühl“, sagt der Mechatroniker-Meister. Denn er habe eine ähnliche Biografie. Mit 15 kommt er aus Nordrhein-Westfalen nach Dithmarschen. Er wird ebenfalls früh Vater, jobbt viel – am Ende auch in einer Auto-Werkstatt, wo er mit über 30 eine Lehre beginnt. „Das war ja auch eigentlich immer mein Traum.“ Past aufs Wort formuliert sein Azubi übrigens einen ähnlichen Satz als sein Meister gerade nicht zuhört.

Der hat 2020 seine eigene Werkstatt eröffnet und zunächst auch gar keinen Lehrling gesucht – bis Hartmann auf seinen Hof gerollt ist. „Bei mir zählt nur, wie einer arbeitet“, sagt Kirchoff – und das könne Hartmann eben, den er liebevoll einen „Elektroniker“ nennt. Der sei auch aufgrund seiner Lebenserfahrung reifer und motivierter als mancher 16-Jähriger, der direkt von der Schule kommt, und glaube, man könne Autos mit

dem Handy reparieren. Die Arbeitsagentur unterstützt Arbeitgeber, die Langzeitarbeitslose einstellen: mit Praktika, Eignungstests der Bewerber, einer begleitenden Ausbildung. Und die Azubis bekommen einen Zuschuss zu ihren Lebenshaltungskosten. „Es muss darum gehen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen“, sagt Pooth. „Das gilt für Langzeitarbeitslose genauso wie für Frauen, die wieder Vollzeit arbeiten wollen, für Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund.“

Für Biercher kann es gar nicht genug Beispiele wie Patrick Hartmann geben. Er sagt aber auch, dass es noch zu wenig Betriebe gibt, die sich das trauen. „Wir müssen angesichts des Fachkräftemangels vielleicht auch unsere Anforderungsprofile ein bisschen zurückschrauben“, sagt Fröhlich.

Für Sebastian Kirchoff ist sein Azubi jedenfalls ein Glücksfall. Im kommenden Jahr soll der die Ausbildung abschließen und dann als Mechatroniker-Geselle arbeiten. Das Auto, mit dem er damals zu Sebastian Kirchoff kam, könnte er heute selbst reparieren, sagt Patrick Hartmann. Und Claus Ruhe Madsen meint: „Dann kann man Sie ja nur beglückwünschen, dass Ihr Auto damals kaputtgegangen ist.“

Empörung über A-23-Votum

RENDSBURG. Die norddeutsche Wirtschaft hat die Nicht-Berücksichtigung der Autobahn 23 in Schleswig-Holstein in der Liste für schnelleren Um- oder Ausbau massiv kritisiert. „Abgesehen davon, dass das Hickhack in der Koalition symptomatisch für den Zustand der Ampel in Berlin ist, bedeutet es für Norddeutschlands Wirtschaft den zweiten Tritt ans Schienbein für die Fortentwicklung des Landes“, sagte der Präsident der Unternehmensverbände Nord, Philipp Murmann, gestern.

Bereits der Weiterbau der A 20 sei von der Bundesregierung ausgebremst worden. „Wenn beide Projekte politisch und letztlich auch juristisch zurückgestellt werden, wird die von dieser Landesregierung aufgestellte Ansiedlungsstrategie konterkariert und die Ansiedlung von Northvolt in Heide gefährdet“, sagte Murmann. Der schwedische Konzern erwägt den Bau einer Batteriefabrik im Kreis Dithmarschen.

Kritik kam auch vom Unternehmensverband Unterelbe-Westküste. „Bei allen richtigen Bemühungen nach Alternativen, kann niemand ernsthaft bestreiten, dass wir einen schnellen Ausbau dieser viel befahrenen Pendlerstrecke brauchen“, sagte Geschäftsführer Ken Blöcker. Die Strecke sei chronisch überlastet.

A23-Bremse empört die Wirtschaft im Norden

Murmann: Land wird verkehrlich abgekoppelt

RENDSBURG. Die norddeutsche Wirtschaft hat die Nicht-Berücksichtigung der Autobahn 23 in Schleswig-Holstein in der Liste für schnelleren Um- oder Ausbau massiv kritisiert. „Das bedeutet für Norddeutschlands Wirtschaft den zweiten Tritt in das Schienbein für die Fortentwicklung des Landes“, sagte der Präsident der Unternehmensverbände Nord, Philipp Murmann. Bereits der Weiterbau der A20 sei von der Bundesregierung ausgebremst worden. Wer Schleswig-Holstein zu

einem attraktiven klimaneutralen Industriestandort machen wolle, dürfe das Land verkehrlich nicht abkoppeln. Kritik kam auch vom Unternehmensverband Unterelbe-Westküste. „Wir brauchen einen schnellen Ausbau dieser viel befahrenen Pendlerstrecke“, sagte Geschäftsführer Ken Blöcker. Die Strecke sei chronisch überlastet. Werde die A23 nicht ausgebaut, müsse Schleswig-Holstein, und insbesondere die Westküste weiter im Stillstand verharren.